

Kolumbien: Die Rechte in der Opposition

Andrea Neira Cruz, Stefan Peters und Kristina Dietz

1. Einleitung

Die globale Rechtswende ist auch ein Thema in Kolumbien, wo mit Gustavo Petro erstmals in der Geschichte des Landes ein linksgerichteter Präsident regiert. Zum Auftakt der Kampagnen zu den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 2026 kann bereits konstatiert werden: Kolumbien steht erneut vor einer Richtungswahl. Der beginnende Wahlkampf ist geprägt vom Umgang mit der Gewalt der Vergangenheit und Gegenwart in dem von vielfachen bewaffneten Konflikten geprägten Land (Albarracín et al., 2023). Das tödliche Attentat auf den Präsidentschaftsvorkandidaten Miguel Uribe Turbay bei einer öffentlichen Wahlkampfveranstaltung in Bogotá am 7. Juni 2025 ist hierfür ein besonders drastischer Beleg.

Politische Gewalt ist in der Geschichte Kolumbiens allgegenwärtig. Einen Mordanschlag auf einen nationalen Präsidentschaftsvorkandidaten hat es jedoch seit Jahren nicht gegeben. Die Opfer der Gewalt waren in den vergangenen Jahren vor allem lokale Politiker:innen, Menschenrechtsverteidiger:innen, Kleinbäuer:innen und Umweltaktivist:innen, nicht selten gehören sie indigenen Gemeinschaften an (Menig & Dietz, 2020; Albarracín et al., 2023). Den Anschlag auf Uribe Turbay hat ein minderjähriger Auftragsmörder verübt, der noch am Tatort festgenommen wurde. Die seitdem von der Generalstaatsanwaltschaft durchgeführten Ermittlungen haben zur Festnahme von mindestens fünf weiteren Personen geführt, die an der Planung und Durchführung des Anschlags beteiligt gewesen sein sollen. Wer den Mord beauftragt hat, ist indes weiterhin unklar.

Uribe Turbay war Teil jener meist rechts-konservativen Elite, die Kolumbien seit jeher regiert hat (Pécaut, 2006). Die Zugehörigkeit zu politischen Dynastien und ökonomisch mächtvollen Familienclans lässt sich im Fall jedes einzelnen Präsidenten der modernen Geschichte des Landes nachzeichnen, mit einer Ausnahme: dem aktuellen Präsidenten Gustavo Petro Urrego (seit 08/2022 im Amt). Petro ist Sohn eines Lehrer:innenpaares. Mit 17 Jahren schloss er sich der Guerillagruppe M-19 an, nach der Auflösung der Gruppe ging Petro in die Politik, wurde 1991 Kongressabgeordneter

und 2006 Mitglied des Senats. Zwischen 2012 und 2015 war er Bürgermeister von Bogotá. Im Mai 2022 wurde er zum ersten linken Präsidenten des Landes gewählt, nachdem er bei den Wahlen 2018 noch dem rechten Kandidaten Iván Duque unterlegen war.

Die Anomalie, die die progressive Regierung von Petro in der politischen Tradition von gemäßigt bis extrem rechten Regierungen in Kolumbien darstellt (Jaramillo Jassir, 2022), zeigt sich in einem Bedeutungsgewinn jener Themen und sozialen Akteure, die in der nationalen Politik historisch marginalisiert waren: Land-, Steuer- und Sozialreformen, die Anerkennung indigener Rechte und feministischer Positionen, umfassender Frieden, gerechter sozial-ökologischer Wandel. Indigene, Afrokolumbianer:innen, Queer- und Transpersonen, Kleinbau:erinnen, Arbeiter:innen wurden zu Protagonist:innen der Regierungspolitik. Die Akteure des rechten politischen Spektrums, die das Land über 200 Jahre ununterbrochen (mit)regiert haben, mussten zum ersten Mal – zumindest auf nationaler Ebene – aus der Opposition heraus operieren. Mit welchen Strategien und Mitteln die Rechte in Kolumbien versucht, die Regierung von Gustavo Petro zu destabilisieren, wie es ihr gelingt, politische Herrschaft auch jenseits von Regierungshandeln auszuüben und wie sie sich auf die Wahlen 2026 vorbereitet, ist Gegenstand dieses Kapitels.

Wir gehen wie folgt vor: Zunächst beschreiben wir den gesellschaftlichen und politischen Kontext, in dem Gustavo Petro 2022 die Wahlen gewonnen hat und diskutieren, wer *die* Rechte in der Opposition ist. Wir differenzieren zwischen rechten Parteien und Politiker:innen und rechten (paramilitärischen) Organisationen. Mit welchen Mitteln und Strategien die Rechte in Kolumbien seit 2022 agiert, diskutieren wir im zweiten Abschnitt und betrachten die Bereiche Angriffe auf die Regierung, soziale Ungleichheiten, Antifeminismus, Extraktivismus und Gewalt gegen Aktivist:innen sowie Krieg, Friedenspolitik und Paramilitarismus. Im letzten Abschnitt fragen wir, wie und mit welchen Inhalten die Rechte den aktuellen Präsidentschaftswahlkampf führt. Im Fazit fassen wir die Rolle der Rechten in Kolumbien im Kontext des Aufstiegs eines globalen Autoritarismus und im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2026 zusammen.

2. Die Rechte in Kolumbien: Kontext und Akteure

Der historische Regierungswechsel nach den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2022 war das Ergebnis von zwei Prozessen: Einerseits öffnete der Frie-

densprozess von 2016 politische Räume jenseits einer Fokussierung auf das Thema „Sicherheit“. In diesem Kontext gewann die soziale Frage auch und gerade durch die massiven sozialen Proteste in den Jahren 2019 und 2021, die sich gegen soziale Ungleichheit und Zukunftslosigkeit vor allem der jungen und in Armut lebenden Bevölkerung richtete, an Bedeutung (Rojas, 2022). Eine Reihe junger Protestakteure verlor durch Polizeigewalt das Leben, wurde von bewaffneten Milizen getötet oder Opfer von Misshandlungen durch die Polizei (Amnesty International, 2021). Die historisch tief verankerte soziale Ungleichheit in Kolumbien, die mit der Corona-Pandemie erheblich zunahm (Dietz & Peters, 2022) und durch eine Steuerpolitik der Regierung des rechtsgerichteten Präsidenten Iván Duque (2018-2022) zu Lasten einkommensarmer Gruppen weiter perpetuiert werden sollte, fand in massiven Protesten und Streiks von 2019–2021 einen politischen Ausdruck, der sich im kollektiven Gedächtnis der Bevölkerung verankerte. Andererseits gelang es Gustavo Petro und der afrokolumbianischen Aktivistin Francia Márquez als Kandidatin für das Amt der Vizepräsidentin einen Großteil der politischen Linken unter dem Banner der progressiven Bewegung *Pacto Histórico* (PH) zu vereinigen und bei den Wahlen geschlossen aufzutreten.

Der Regierungswechsel markierte nicht nur einen historischen Triumph der Linken, sondern auch die Krise und Spaltung der politischen Rechten in Kolumbien. Letztere hatte sich unter der Präsidentschaft von Iván Duque (2018-2022) in breiten Teilen der Bevölkerung diskreditiert und es mangelte ihr an glaubwürdigen Führungsfiguren. Im Ergebnis erreichte nicht etwa der Kandidat der rechts-konservativen Partei des ehemaligen Präsidenten Álvaro Uribe (2002-2010), das *Centro Democrático*, die Stichwahl um das Präsidentschaftsamt, sondern der rechtsgerichtete politische *outsider* Rodolfo Hernández (Kajsiu & Restrepo, 2024).

Die Krise der politischen Rechten darf jedoch nicht mit einer grundsätzlichen Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse in Kolumbien verwechselt werden. Zwar hat die Regierung von Gustavo Petro progressiven politischen Kräften Freiräume eröffnet und bei marginalisierten Bevölkerungsgruppen Hoffnungen auf eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen und einen Zuwachs an politischer Teilhabe erzeugt. Diese hohen Erwartungen konnten von der Regierung allerdings nicht erfüllt werden, was zu wachsender Enttäuschung führte. Gleichzeitig zeigte sich nach einer kurzen, anfänglichen Schockstarre der Rechten, dass sich tief verankerte ideologische, politische und kulturelle Einstellungen in der Bevölkerung sowie politisch-ökonomische Kräfteverhältnisse nicht allein durch eine Prä-

sidentschaftswahl verändern (Ramírez Bonilla, 2023). Hierauf verweisen Umfragen aus dem Jahr 2024, bei denen sich ein deutlicher Anstieg von rechten Positionen gerade bei Jugendlichen zeigte (Restrepo, 2024, S. 42).

Zudem ist die ökonomische Macht in Kolumbien traditionell in den Händen weniger, meist konservativer Familien und Finanzgruppen konzentriert (Silva-Colmenares, 2020; Peace & Velasco, 2022; Restrepo Santa-maría, 2016). In einer aktuellen Studie beziffern Jenny Pearce und Juan David Velasco (2025) die Zahl der herrschenden Elite in Kolumbien auf 932 Personen. Daran hat die Wahl Petros nichts geändert. Die kolumbianische Wirtschaftselite beherrscht den formalen produktiven Sektor, kontrolliert eigene Medienhäuser, die Einfluss auf die öffentliche Meinung nehmen,¹ und vertritt neoliberale Positionen, die Umverteilung skeptisch gegenüberstehen (Pearce & Velasco, 2022). Gemeinsam mit dem konservativen Flügel der katholischen Kirche und den evangelikalen Kirchen (Beltrán et al., 2025) mobilisieren sie gegen die Anerkennung reproduktiver Rechte, Diversität und sexuelle Selbstbestimmung (Beltrán y Puga & Bohórquez Monsalve, 2022; Ospina Celis, 2025). Beltrán und Larotta (2020) zeigen, dass eine starke religiöse Orientierung in Kolumbien mit einer Sympathie für rechtsgerichtete Parteien und insbesondere dem *Centro Democrático* einhergehen.

2.1 Die politische Rechte in Kolumbien

Das politische System Kolumbiens war seit der Unabhängigkeit des Landes bis weit ins 20. Jahrhundert vom Konflikt zwischen der liberalen und konservativen Partei geprägt (Betancourt Vélez & Birlé, 2017). Spätestens ab den 1990er Jahren öffnete sich das politische System für neue Parteien. Die beiden traditionellen Parteien verloren an Bedeutung, neue Parteien erlangten wachsenden Einfluss. Insgesamt fragmentierte sich das Parteiensystem zunehmend (Luna, 2024). Auf der Seite der politischen Rechten wurde die vom ehemaligen Präsidenten Álvaro Uribe Vélez gegründete Partei *Centro Democrático* zur führenden Kraft, ergänzt von der Partei *Cambio Radical* und der auch weiterhin existierenden konservativen Partei. Wichtige Führungspersönlichkeiten der kolumbianischen politischen

1 So gehört etwa die wichtigste Zeitung des Landes *El Tiempo*, Luis Carlos Sarmiento, dem reichsten Unternehmer des Landes. Die einflussreiche Zeitschrift *Semana* erlebte nach dem Kauf durch die Familie Gilinski im Jahr 2019 einen deutlichen Rechtsruck.

Rechten sind neben Álvaro Uribe Vélez der Chef des Viehzüchterverbandes (Fedegán) José Félix Lafaurie und dessen Ehefrau María Fernanda Cabal, die Senatorin Paloma Valencia und die Journalistin Vicky Dávila. Letztere fällt durch enge Verbindungen zum Gnecco-Clan auf, einem Familienclan aus der kolumbianischen Karibikregion, dem Verbindungen zu Paramilitärs und zum Drogengeschäft nachgesagt werden (Vargas Rueda, 2024). Gleichzeitig lassen sich im anstehenden Wahlkampf Spaltungen innerhalb der politischen Rechten beobachten, die sich insbesondere durch machtpolitisches Kalkül erklären. Im aktuellen Wahlkampf erhält zudem der extrem Rechte Newcomer Abelardo de la Espriella, Verehrer des argentinischen Präsidenten Javier Milei sowie des Präsidenten El Salvadors, Nayib Bukele, wachsende Aufmerksamkeit und Unterstützung (Stacey, 2025).

Die Entwicklungen in der politischen Rechten in Kolumbien stehen in einem engen Zusammenhang mit dem Bedeutungsgewinn der Rechten in den USA, der EU sowie anderen Ländern Lateinamerikas. Die Trump-Regierung hat deutlich gemacht, dass sie rechte Regierungen, Parteien und Organisationen finanziell und politisch unterstützen wird, um entweder ihre Macht zu stabilisieren oder „linke“ Regierungen zu bekämpfen (siehe den Beitrag von Andrea Dip, Ulli Jentsch und Ute Löhning in diesem Band). Das zeigt sich auch in den Beziehungen zwischen den USA und Kolumbien. Die politische Rechte sucht die Unterstützung der US-Regierung, und diese setzt die Regierung von Petro ihrerseits unter Druck. Ähnlich wie in Brasilien wird auch in Kolumbien versucht, die aktuelle US-Regierung für die Beeinflussung von Gerichtsentscheidungen einzuspannen: Am 28. Juli 2025 wurde der ehemalige rechte Präsident Álvaro Uribe Vélez nach siebenjährigem Verfahren in erster Instanz der Beeinflussung von Zeugen und des Prozessbetrugs für schuldig gesprochen.² Bereits vor dem Urteil hatten sich mehrere politische Anhänger:innen von Uribe dafür eingesetzt, dass die US-Regierung Kolumbien im Falle einer Verurteilung des ehemaligen Präsidenten mit Sanktionen belegt. Im September 2025 reisten zudem rechtsgerichtete Bürgermeister großer Städte des Landes (Medellín, Cali, Cartagena) in die USA, um in einer Art Paralleldiplomatie eine Allianz mit der Trump-Regierung vor allem in Bezug auf die Drogenpolitik zu etablieren. Präsident Petro hingegen äußert sich kritisch zur US-amerikanischen Drogenpolitik. Die militärischen Angriffe der USA auf vermeintliche

2 <https://amerika21.de/2025/08/276666/urteil-gegen-uribe>, letzter Aufruf 08.09.2025. In zweiter Instanz wurde der Schuldspruch aufgehoben.

Drogenboote vor der Küste Venezuelas Anfang September 2025 wertete er als Mordanschlag und bekräftigte, dass er mit „Mördern nicht zusammenarbeiten werde“.³ Am 15. September 2025 strich die US-Regierung Kolumbien zum ersten Mal nach 30 Jahren von der Liste jener Länder, die sie als engagiert im Kampf gegen den Drogenanbau bewertet.⁴ Die Folgen dieser Entscheidung sind noch nicht absehbar, eine Unterstützung der politischen Rechten durch die Trump-Regierung bei den Präsidentschaftswahlen in 2026 ist aber bereits heute sicher. Während Petro mit antiimperialistischem Gestus die Trump-Regierung rhetorisch herausfordert, reagierte diese mit Sanktionen gegen den kolumbianischen Präsidenten.

Die kolumbianische Rechte ist bemüht, an die Wahlkampagne von Milei in Argentinien anzuknüpfen – inklusive der Kettensägenmetapher, die angesichts der von Gewalt geprägten Geschichte Kolumbiens noch abstoßender ist als ohnehin schon. Auch die Strategien von Bukele aus El Salvador, die im vorliegenden Band Hannes Warnecke-Berger analysiert, dienen als Vorbild.⁵ Schließlich pflegt die politische Rechte enge Verbindungen zur venezolanischen und spanischen Rechten (Vox) mit häufigen gegenseitigen Unterstützungsauftritten (Ocquendo, 2022).

2.2 Paramilitarismus und extreme Rechte

Außerhalb Bogotás, in den Provinzen und Gemeinden, ist die Politik auch weiterhin von tiefverankerten klientelistischen Strukturen geprägt, welche die Macht der traditionellen Parteien und ihrer regionalen Caudillos absichern (Dietz, 2023; Holland & Freeman, 2021). Wer in Bogotá regiert, ist für die Machtab Sicherung dieser Akteure sekundär. Entscheidender ist ihr Verhältnis zu nicht-staatlichen Gewaltakteuren wie der ELN-Guerrilla, verschiedene Dissidentengruppen und Abspaltungen der ehemaligen FARC-EP sowie insbesondere (neo-)paramilitärischen Gruppen (Giraldo Moreno et al., 2022). Rechte paramilitärische Organisationen sind in der kolumbianischen politischen (Gewalt-)Ordnung seit den 1980er Jahre fest

3 <https://www.lasillavacia.com/en-vivo/alcaldes-viajan-a-washington-por-riesgo-de-descertificacion-de-colombia/>, letzter Aufruf 08.09.2025.

4 <https://www.bbc.com/mundo/articles/cn0xgj25vnno>, letzter Aufruf 18.09.2025.

5 Mitte 2025 hat sich die Bewegung „Bukelistas Colombia“ gegründet: <https://www.lafm.com.co/politica/bukelistas-colombia-se-presento-como-nuevo-movimiento-de-cara-a-las-proximas-elecciones>, letzter Aufruf 30.09.2025.

etabliert. Raul Zelik (2009) beschreibt den Paramilitarismus in Kolumbien als eine „hybride Erscheinung“, die zwar nicht zentral konzipiert wurde, aber dennoch von „Prozeduren und Kalkülen des Herrschens durchzogen ist“.⁶ Trotz regionaler Unterschiede, haben paramilitärische Gruppen auf allen politischen Ebenen (Provinzen, Städte, Gemeinden) enge Verflechtungen mit staatlichen Institutionen aufgebaut (Giraldo Moreno et al., 2022). Daran haben Friedensverträge und Abkommen zur Demobilisierung paramilitärischer Gruppen in den 2000er Jahren kaum etwas geändert. Was sich verändert hat, sind die Akteurskonstellationen, ihre ökonomischen Grundlagen und die Strategien ihres Handelns.

In den 1980er Jahren, den Jahren relativer Stärke der kolumbianischen Guerilla, wurden paramilitärische Gruppen von rechtskonservativen Unternehmer:innen, ländlichen Eliten, staatlichen Akteuren, den Drogenkartellen sowie transnationalen Unternehmen des Bergbaus und der Agrarindustrie als eine Art nicht-staatliche Aufstandsbekämpfungsorganisationen aufgebaut, finanziert und teils offen unterstützt. Gemeinsam mit dem Militär sollten sie die Guerrilla bekämpfen und deren politische Basis mit Mitteln des Terrors, der Angst und der Gewalt zerstören (CEV, 2022). Gleichzeitig gewannen zeitweise ca. ein Drittel der Parlamentarier:innen, Bürgermeister:innen und Gouverneur:innen ihre Mandate dank der Unterstützung der Paramilitärs. Diese enge Verzahnung zwischen den paramilitärischen Gruppen und der politischen Rechten wird in der Literatur als *Parapolítica* bezeichnet. Mit der Demobilisierung der *Autodefensas Unidas de Colombia* (AUC) im Jahr 2005 und der folgenden Neuaufstellung dieser Gruppen begann ein Wandel.

Seit dem Inkrafttreten des Friedensvertrags zwischen FARC-EP und der kolumbianischen Regierung Ende 2016 und des damit entstandenen Machtvakuum in jenen Regionen, aus denen sich die FARC-EP zurückgezogen hat, hat sich die Logik der (neo-)paramilitärischen Gruppen verändert; dies zeigt sich vor allem am Fall des *Clan del Golfo*, der derzeit stärksten bewaffneten nicht-staatlichen Gruppierung in Kolumbien (Gutiérrez Sanín, 2025). Diese (neo-)paramilitärischen Gruppen weisen zwar personelle und institutionelle Kontinuitäten mit dem klassischen Paramilitarismus auf, sie operieren jedoch nicht mehr in offener Kooperation mit dem Militär. Kontinuität besteht bezüglich der Finanzierung durch illegale Ökonomien sowie der rigiden Herrschaft über die Bevölkerung in

6 <https://www.raulzelik.net/kritik-literatur-alltag-theorie/110-staat-gewaltzustand-kolumbianischer-para-militarismus>, letzter Aufruf 06.09.2025.

den von ihnen kontrollierten Regionen. Akteure wie der *Clan del Golfo* sowie andere (neo-)paramilitärische Gruppen wie die *Autodefensas Conquistadores de la Sierra Nevada* im Umland der Karibikstadt Santa Marta kontrollieren heute weite Teile der Karibikküste und der Pazifikregion. Dabei üben sie Formen der *Criminal Governance* aus, d.h. sie übernehmen faktisch staatliche Funktionen. Letzteres umfasst auch die Normierung des gesellschaftlichen Lebens und die Bestrafung abweichenden Verhaltens, was den Möglichkeiten politischer Organisation und zivilgesellschaftlichem Aktivismus enge Grenzen setzt (Giraldo et al., 2022; Granados Tuta, 2025).

Paramilitarismus ist jedoch längst kein „ländliches“ Phänomen mehr. Heute kontrollieren der *Clan de Golfo* und seine politischen Alliierten die informelle Wirtschaft ganzer Stadtgebiete (siehe für Barranquilla: Melamed, 2025). Dies zeigt sich insbesondere dort, wo sich die von Flucht und sozialer Verelendung geprägten Ränder der Metropolen ausweiten.

3. Strategien und Handlungsfelder der kolumbianischen Rechten

Die Rechte in Kolumbien bedient sich verschiedener Strategien, um die linksgerichtete Regierung von Gustavo Petro zu diffamieren oder zu stürzen, ihre gesellschaftliche Macht auszuweiten, Herrschaft wie gewohnt auszuüben und ihre Wähler:innenbasis zu vergrößern. Sie knüpft dabei an das Repertoire rechtspopulistischer Akteure in den USA, Europa und anderen lateinamerikanischen Staaten an. Hierzu gehören die Mobilisierung von *Wir-Die*-Gegensätzen, Kampagnen der Desinformation und Medienmanipulation sowie Verschwörungen mit dem Ziel, die Regierung Petro zu destabilisieren, wenn nicht zu stürzen.

3.1 Diffamierung, Desinformation, Antifeminismus

Am 29. Juni veröffentlichte die spanische Tageszeitung *El País* eine Reihe von Audioaufnahmen, in denen Álvaro Leyva Durán (von 2022-2024 Außenminister in der Regierung Petro) mit einem unbekannten Gesprächspartner über seine Pläne spricht, Präsident Petro mit Unterstützung der US-Regierung zu stürzen (Quesada, 2025). Den Tonaufnahmen zufolge soll Leyva sich mit US-Senatoren getroffen haben, um den US-Außenminister Marco Rubio davon zu überzeugen, einen Staatsstreich in Kolumbien zu unterstützen. Leyvas Plan sah ein sogenanntes „nationales Abkommen“ vor,

an dem legale und illegale militärische Gruppen sowie einzelne politische Führungsfiguren beteiligt sein sollten.

Pläne zum Sturz der Regierung verbinden sich mit Kampagnen der Desinformation, mit der die kolumbianische Rechte bereits seit Jahren erfolgreich mobilisiert. Zentraler Inhalt ist der Kampf gegen die sogenannte „Gender-Ideologie“ (Sánchez Garzoli, 2016). Das Konzept gewann 2016 an Bedeutung, als die Rechte gegen Unterrichtsmaterialien und Inhalte des Friedensvertrags mobilisierte, die die Anerkennung sexueller Vielfalt sowie eine kritische Auseinandersetzung mit Geschlechtsidentität und Geschlechterungleichheiten thematisierten (Corredor, 2023). Der Verweis rechter Akteure auf eine „Gender-Ideologie“, die die heteronormative Ordnung und Kernfamilie bedrohe, spielte eine entscheidende Rolle bei der Abstimmung über das Friedensabkommen mit den FARC-EP im Oktober 2016, bei der das „Nein“ mit knappen 50,21 Prozent gewann (Viveros & Rodríguez, 2017).

Die Ablehnung des Friedensvertrags, der nach Änderungen per Parlamentsbeschluss im November 2016 gleichwohl in Kraft trat, vertiefte die ideologische Polarisierung der Gesellschaft sowie eine verbreitete Indifferenz gegenüber den Auswirkungen der Gewalt auf dem Land (Bello, 2016). Zugleich bestätigte es die Bedeutung von Desinformation und der Verbreitung moralischer Angst und Panik bei der Meinungsbildung. Das „Gespenst“ der Gender-Ideologie, ähnlich wie das des Kommunismus, diene der rechten Elite dazu, „Ängste zu schüren und Befürchtungen zu verstärken“ (Butler, 2024). Der zunehmende Einfluss feministischer Bewegungen hat in Kolumbien in den vergangenen vier Jahren die konservative Reaktion verstärkt und autoritäre Tendenzen befeuert. Die Konstruktion der „Gender-Ideologie“ ist ein weiteres Kapitel in der langen Geschichte rechter Reaktionen gegen Feminismus und sexuelle Vielfalt. Sie offenbart eine tief verwurzelte Homo- und Transphobie und stabilisiert zugleich traditionelle Geschlechterhierarchien.

Die „Gender-Ideologie“ diene der rechten Opposition seit 2022 als Strategie, um die Regierung Petro zu diffamieren und mit der Verbreitung von Angst vor einer „homosexuellen Kolonisierung“ anzugreifen (Serrano, 2017). So kommentierte die rechten Senator:innen des *Centro Democrático* María Fernanda Cabal und Miguel Polo die Einrichtung des Ministeriums für Gleichheit und Gerechtigkeit, das 2023-2025 von Vizepräsidentin Francia Márquez geleitet wurde, mit den Worten:

[...] sollen wir etwa so enden wie die Ministerien für Gleichstellung in Chile, Argentinien und Spanien? Denen es Spaß macht, Kinder in einer Entwicklungsphase, in der sie ihre eigene Identität ausbilden, mit sexuellem Wissen zu verwirren und zu verängstigen, das ihnen erst in späteren Lebensphasen vermittelt werden sollte? (zitiert nach Restrepo, 2024, S. 45, Übers. die Autor:innen).

Anti-Feminismus als politische Strategie wirkt. Der politischen Rechten in Kolumbien ist es in den Jahren in der Opposition gelungen, Feminismus als Bedrohung von Familie, Ehe und traditionellen Werten zu mobilisieren. Dafür erlangt sie in der Bevölkerung zunehmend Unterstützung – vor allem unter jungen Männern (Guerrero, 2025).

3.2 Soziale Ungleichheiten

Die politische Rechte greift in ihren Strategien auf tief verankerte und vereinfachte Links-Rechts Gegensätze zurück. Sie skandalisiert die politische Vergangenheit des Präsidenten Petro als Mitglied der Guerrillaorganisation M-19, unterstellt ihm eine Nähe zur kubanischen Revolution oder zum linksautoritären politischen Projekt der bolivarianischen Revolution in Venezuela und warnt, dass die Sozialpolitiken der Regierung Kolumbien in ein zweites Venezuela konvertieren würden. Dies wird mit einer diskursiven Kritik und politischen Blockade von Umverteilungspolitikern verbunden, die als Bedrohung der eigenen Interessen wahrgenommen werden.

Kolumbien gehört mit einem Gini-Index der Einkommensverteilung von knapp unter 0,54⁷ im Jahr 2023 und einem Gini-Index der Landverteilung von 0,89 (Avendaño Arias et al., 2023, S. 121) zu den ungleichsten Ländern weltweit. Diese und weitere Dimensionen sozialer Ungleichheit wie Vermögensverteilung, Zugang zu sozialen Sicherungssystemen, politische Macht und Teilhabe sind tief in die kolumbianische Gesellschaft eingeschrieben und verstärken sich wechselseitig. Die OECD (2018, S. 27) hat berechnet, dass es in Kolumbien durchschnittlich elf Generationen (über 300 Jahre!) dauert, um aus der untersten Einkommensschicht in ein mittleres Einkommensniveau aufzusteigen. Diese extremen und tief verankerten Ungleichheiten erklären sich unter anderem aus einem regressiven Steuersystem und einem segmentierten Wohlfahrtsstaat bei einem gleichzeitig hohen Anteil

7 <https://data.worldbank.org/indicator/SI.POV.GINI?locations=CO>, letzter Aufruf 07.09.2025.

informeller Beschäftigung. Zudem haben sich Ungleichheiten im Kontext des bewaffneten Konfliktes verstärkt, v.a. in Bezug auf Land. Soziale Ungleichheiten sind nicht nur eine zentrale Konfliktursache, sondern auch eine Konsequenz des jahrzehntelangen bewaffneten Konflikts, in dem sich legale und illegale Eliten bis heute attraktive Ländereien aneignen (Peters, 2021).

Die Regierung Petro hat die Bearbeitung der extremen Ungleichheiten, ihrer kolonialen Ursprünge und die Verbindungen zur Gewaltgeschichte des Landes immer wieder ins Zentrum ihrer Politik gestellt. Konkret geworden ist dies in einer Reihe von Reformen, die Umverteilung und mehr Gleichheit in den Bereichen Steuern, Gesundheit, Arbeit und Altersversorgung zum Ziel hatten, allerdings mit unterschiedlichem Erfolg durch- und umgesetzt werden konnten. So konnte die Regierung zwar eine bescheidene Steuerreform und die Veränderung des Arbeitsrechtes erreichen. In den Bereichen Renten- und Gesundheitspolitik gelang ihr eine solche Reform hingegen nicht. Dies erklärt sich durch die Blockade der politischen Rechten, die etwa eng mit dem privaten Gesundheitssektor verbunden ist.

Die Thematisierung der sozialen Ungleichheit und das Ziel, eine gerechtere Gesellschaftsordnung aufzubauen, waren wichtige Gründe für Petros Wahlsieg. Mit dem Versuch, diese Ziele umzusetzen, fordert die Regierung Petros zugleich die materiellen Interessen der rechten Eliten und die tief-sitzenden Narrative der Legitimierung extremer Ungleichheiten heraus (García Sánchez et al. 2024). Als Antwort und vor allem in der Krise und bei der Verteidigung eigener Privilegien und Interessen rückt die Elite nach rechts. Diese Tendenz ließ sich 2018 auch in Brasilien beim Wahlerfolg des rechtsextremen Jairo Bolsonaro beobachten.⁸

3.3 Extraktivismus und Gewalt gegen Aktivist:innen

Angriffe auf Umwelt- und Menschenrechtsaktivist:innen haben in den 2000er Jahre weltweit zugenommen. Oftmals werden die so genannten *líderes sociales* (soziale Aktivist*innen) nicht nur kriminalisiert, bedroht oder eingeschüchtert, sondern auch gezielt ermordet. In Kolumbien ist die Zahl bedrohter und ermordeter Aktivist:innen vor allem seit dem Inkrafttreten des kolumbianischen Friedensvertrags mit der Guerilla FARC/EP

8 <https://www.frankfurter-hefte.de/artikel/die-macht-der-eliten-die-evangelikalen-und-die-versaumnisse-der-linken-2701>, letzter Aufruf, 08.09.2025.

Ende 2016 angestiegen (Menig & Dietz, 2020). Besonders alarmierend war die hohe Zahl an Gewaltverbrechen gegen soziale, Menschenrechts-, und Umweltaktivist:innen im Wahljahr 2022. Für das gesamte Jahr registrierte die Menschenrechtsorganisation Somos Defensores (2023) 840 bedrohte Aktivist:innen, 197 davon wurden ermordet, ein Anstieg von 42% im Vergleich zum Vorjahr (Somos Defensores, 2023). Besonders hoch war die Gewalt in der Zeit zwischen der Wahl im Mai 2022 und dem Amtsantritt von Gustavo Petro im August 2022 (ebd.). Für die Jahre 2023 und 2024 verzeichnen Menschenrechtsorganisationen einen leichten Rückgang der Gewalt gegen Aktivist:innen (ebd. 2024, 2025), sie bleibt aber weiterhin auf einem hohen Niveau. Die Menschenrechtsorganisation Global Witness (2024) bezeichnet Kolumbien in seinem Jahresbericht von 2023 im zweiten Jahr in Folge als „das tödlichste Land für Umwelt -und Landaktivist:innen“. Diese Situation hält - trotz des jüngsten Rückgangs der Zahl ermordeter Umwelt- und Landaktivist:innen – weiter an (Global Witness 2025, 18). Dies lässt sich als eine bewusste Botschaft rechter paramilitärischer Organisationen an soziale Akteure und die designierte Regierung interpretieren, mit den angekündigten Reformen in den Bereichen Energie, Landreform, Bergbau, Umwelt und Frieden (s. unten) nicht die Interessen der Landeliten, der Drogenkartelle und der transnationalen Bergbauunternehmen anzutasten.

Auffällig ist die regionale und räumliche Konzentration der politischen Gewalt: 80 Prozent der Übergriffe auf Aktivist:innen wurden in ländlichen Gebieten in zehn der insgesamt 33 Departamentos Kolumbiens verübt. Insbesondere konzentriert sich die Gewalt im Südwesten des Landes, einer zwischen verschiedenen nicht-staatlichen Gewaltakteuren umkämpften Region der Drogenproduktion und des Drogenhandels. Die Übergriffe richteten sich mehrheitlich gegen Vertreter:innen indigener, afrokolumbianischer und kleinbäuerlicher Gemeinschaften, die gegen extraktivistische Landnahme und die Missachtung kollektiver territorialer Rechte durch Bergbauunternehmen, Agroindustrie und Drogenkartelle mobilisieren (Somos Defensores 2023). Für knapp ein Drittel der Taten werde rechte (neo-)paramilitärische Gruppen verantwortlich gemacht, unter ihnen der *Clan del Golfo*, *Águilas Negras* (die als regionale Blöcke operieren, z.B. *Bloque Suroccidente*) und die *Caparrapos*. Daneben sind FARC-Dissident:innen und ELN-Guerillas für eine Reihe von Taten verantwortlich.

3.4 Ablehnung der Friedenspolitik

Ein zentrales Thema der kolumbianischen Rechten ist die ablehnende Haltung gegenüber dem Friedensvertrag mit der ehemaligen Guerilla FARC-EP. Die politische Rechte unter Führung des *Centro Democrático* sowie des konservativen Flügels der Kirche und eines Teils der militärischen Führung hat den Friedensprozess mit der FARC-EP von Beginn an heftig kritisiert. Dies bedeutete zusammen mit dem Ausgang des Plebiszits aus dem Jahr 2016 eine schwere Hypothek für die Legitimierung des Abkommens. Bis heute sind die Ablehnung und Indifferenz gegenüber dem Friedensvertrag in der kolumbianischen Gesellschaft verbreitet (Lang, 2024). Die Kritik der politischen Rechten am Friedensprozess entzündete sich unter anderem an den Institutionen der so genannten *Transitional Justice* (Übergangsgerechtiz). Hierzu zählen unter anderem das Sondergericht für den Frieden (*Jurisdicción Especial para la Paz*, JEP) und die Wahrheitskommission, die im Juni 2022 ihren Abschlussbericht vorlegte. Beide Institutionen wurden von der politischen Rechten immer wieder mit Kritik überzogen und als guerillanah sowie als Instrument der Straffreiheit diffamiert (Ambos & Aboueldahab, 2021, S. 38f.; Gómez, 2021; Cardozo Ruidíaz, 2025).

Diese Kritik lebte nach dem ersten Urteil der JEP Mitte September 2025 erneut auf, das den restaurativen Ansatz der Übergangsgerechtiz zeigt: Das Gericht verurteilte sieben Mitglieder des letzten Sekretariats der FARC-EP aufgrund des Tatbestands der Entführung zur Maximalstrafe von acht Jahren „Wiedergutmachungsarbeit“; Gefängnisstrafen sind im Rahmen der Sondergerichtsbarkeit bei umfangreicher Beteiligung der Täter an der Wahrheitsfindung explizit ausgeschlossen (de Gamboa & Peters, 2025). Insbesondere seitens des *Centro Democrático* wurde in diesem Kontext die Kritik am Friedensabkommen und an der JEP erneut lautstark artikuliert. So verkündete María Fernanda Cabal, dass sie die Verbrechen der FARC-EP vor den internationalen Strafgerichtshof bringen wolle.⁹

Die Präsidentschaftswahlen von 2018 gewann Iván Duque mit dem Versprechen, den Friedensprozess mit der FARC-EP rückgängig zu machen. Wenngleich Duque letztlich offiziell am Friedensabkommen festhielt, stockte die Implementierung des Friedensprozesses während seiner Amtszeit spürbar (Jiménez-Martín & Nández-Ortiz, 2025). Dies betraf insbeson-

9 <https://www.infobae.com/colombia/2025/09/18/maria-fernanda-cabal-cuestiono-a-la-jep-y-dijo-que-en-caso-de-ser-presidente-acompanara-a-las-victimas-para-actuar-ante-la-justicia-internacional-para-que-las-farc-responda/>, letzter Aufruf 28.09.2025.

dere die Umsetzung struktureller Reformen. Hinzu kamen politische Diffamierungen der Institutionen der Transitional Justice, sowie die revisionistische Positionierung der Regierung Duque zur Bearbeitung der staatlichen Verbrechen, die sich etwa in der Ernennung des Geschichtsrevisionisten Darío Acevedo als Leiter des Nationalen Erinnerungszentrums manifestierte.

Nach dem Amtsantritt Petros fokussierte sich die kolumbianische Rechte auf die Kritik der friedenspolitischen Agenda des neuen Präsidenten, die Politik des „Paz Total“ (Totaler Frieden). Unter diesem Slogan sollten Friedensgespräche mit den verschiedenen nicht-staatlichen Gewaltakteuren umgesetzt werden, um auf diese Weise politische Lösungen für die fortwährende Gewalt im Land zu suchen. Die hochgesteckten Erwartungen wurden deutlich verfehlt. In vielen Regionen des Landes hat sich die Sicherheitspolitik verschlechtert, die Friedensgespräche mit den unterschiedlichen nicht-staatlichen Gewaltakteuren erzielen kaum Fortschritte und Attentate und Entführungen seitens der bewaffneten Akteure unterminieren die Unterstützung für den Friedensprozess (Gutiérrez Sanín, 2025). Die kolumbianische Rechte nutzt dies im Wahlkampf zur Diskreditierung von Verhandlungslösungen mit nicht-staatlichen Gewaltakteuren. Gleichzeitig glorifiziert sie die Politik der „demokratischen Sicherheit“ während der Präsidentschaft von Álvaro Uribe Vélez. María Fernanda Cabal, Senatorin und rechte Galionsfigur des *Centro Democrático*, präsentiert ihre Sicherheitspolitik als Antipode zur Friedenspolitik der Regierung Petro:

„Man hat die ‘demokratische Sicherheit’ verteufelt, obwohl sie die Zahl der jährlichen Morde von 30.000 auf 12.000 reduziert hat. Die NGOs, die sich als Verteidiger der Menschenrechte wännen, stehen an der Spitze dieser Diffamierungskampagne. Ich nenne sie Verteidiger der „linken Menschen“. Niemals haben sie die versehrten Soldaten oder entführte Zivilisten verteidigt, sie verteidigen einzig die Guerilleros. Wir müssen die Ehre der Streitkräfte wiederherstellen, die Guten rehabilitieren, den Geheimdienst stärken und Technologie kaufen. Frieden erreicht man mit der Autorität der Verfassung und des Rechts. Nicht, indem man mit Kriminellen verhandelt.“¹⁰

10 <https://www.infobae.com/colombia/2025/07/20/maria-fernanda-cabal-hablo-de-su-plan-de-gobierno-propone-porte-legal-de-armas-y-eliminacion-del-dialogo-con-grupos-armados/>, letzter Aufruf 28.09.2025.

Dieses Zitat unterstreicht, dass die politische Rechte trotz der breit dokumentierten Menschenrechtsverletzungen durch staatliche Akteure unter der Präsidentschaft von Álvaro Uribe weiterhin am Mythos einer erfolgreichen Sicherheitspolitik der *mano dura* (harten Hand) festhält. Hierfür wird zunehmend auf das regionale Beispiel der autoritären und menschenrechtsverachtenden Sicherheitspolitik der Regierung El Salvadors rekurriert (siehe hierzu den Beitrag von Warnecke-Berger in diesem Buch).

4. Die Rechte in Kolumbien vor den Präsidentschaftswahlen 2026

In diesem dichten Netz aus Interessen und politischen Kalkülen tritt Kolumbien in einen neuen Vorwahlzyklus ein, der für das Land und die Region entscheidend sein wird. Von den Ergebnissen der bevorstehenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen hängt sowohl die Fortsetzung des progressiven Projekts der Linken als auch der Erfolg oder Misserfolg der von der Rechten ins Spiel gebrachten Formen der Opposition ab. Bereits zu Beginn des Wahlkampfes wird deutlich, dass dieser nicht nur durch eine starke politische Polarisierung, sondern auch durch politische Gewalt geprägt sein wird. Die kolumbianische Rechte eint ihre Ablehnung der Politik der Regierung Petro. Dies manifestiert sich insbesondere in der Blockade von Politiken der Umverteilung und der Anerkennung von Diversität sowie in der Forderung nach einer repressiven Sicherheitspolitik und der engen Kooperation mit der US-Regierung unter Trump.

Jenseits dieser geteilten Positionen mangelt es der politischen Rechten jedoch aktuell an einer starken Führungsfigur oder gar einem innovativen politischen Projekt. Bisher nur mit bescheidenem Erfolg versuchen einzelne Kandidat:innen, die politischen Inszenierungen rechter Politiker aus der Region zu imitieren. Aktuell wird dieser Ansatz am ehesten von de la Espriella bedient. Trotz einer durchwachsenen Bilanz der Petro-Regierung ist ein Erfolg der politischen Rechten bei den kommenden Wahlen also keineswegs ausgemacht. Bisher zeigen sich zudem teilweise heftige Spaltungen und gegenseitige Anfeindungen innerhalb der Rechten.

Gleichwohl zeigt die Vergangenheit, dass entsprechende Allianzen und die Mobilisierung der Ablehnung einer linken Alternative auch Politiker:innen mit wenig Profil wie den Ex-Präsidenten Iván Duque den Weg ins höchste Staatsamt ebnen kann. Welche Rolle das tödliche Attentat auf den Präsidentschaftskandidaten Uribe Turbay in der schnelllebigen Politik des Landes spielen wird, ist noch ebenso offen, wie die Frage nach den

Kandidat:innen der verschiedenen Lager sowie nach möglichen Allianzen gerade mit den Sektoren aus der politischen Mitte auf dem Weg zur sehr wahrscheinlichen Stichwahl im Mai 2026.

5. Schlussfolgerung

Kolumbien ist ein Land mit einer traditionell starken politischen Rechten. Diese ist nicht nur eng mit den ökonomischen Eliten, dem traditionellen Sektor der katholischen Kirche und den Medien verbunden, sondern hat historisch auch immer wieder Allianzen mit nicht-staatlichen Gewaltakteuren gebildet. Auf diese Weise gelang es ihr, auch unter den Bedingungen demokratischer Wahlen über Jahrzehnte die Politik des Landes zu dominieren. Diese rechte Hegemonie erodierte in den vergangenen Jahren, ist aber bei weitem nicht gebrochen. Zwar fehlt es aktuell an einer politisch aktiven Führungsfigur und es ist der kolumbianischen Rechten auch noch nicht gelungen, ein eigenständiges Projekt jenseits der Ablehnung progressiver Politik der Ausweitung von Rechten, der Umverteilung von Reichtum und der Umsetzung von Friedenspolitiken sowie der Absicherung der eigenen Macht und Privilegien zu formulieren. Dennoch bleibt die kolumbianische Rechte ein wichtiger Machtfaktor im Land, zumal sie aktuell politische Unterstützung der Trump-Regierung sowie weiterer rechtsautoritärer Politiker:innen aus der Region und aus Europa erhält. Zudem greift die politische Rechte auf gezielte Diffamierungen gegen das progressive Lager zurück und stößt damit in Teilen der Bevölkerung auf erstaunliche Resonanz. Dies wird ergänzt von einer insgesamt durchwachsenen Bilanz der Regierung Petro, die nicht zuletzt auch durch interne Streitigkeiten, Fehler im Regierungshandwerk und der Tendenz des Präsidenten zur Verkündung überambitionierter Zielsetzungen deutlich an Zustimmung verloren hat.

6. Literatur

- Albarracín, J., Corredor-Garcia, J., Milanese, J.P., Valencia, I. H., & Wolff, J. (2023). Pathways of post-conflict violence in Colombia. *Small Wars & Insurgencies*, 34(1), 138-164.
- Ambos, K., & Aboueldahab, S. (2021). The special jurisdiction for peace and impunity: myths, misperceptions and realities. In K. Ambos, & S. Peters (Hg.), *Transitional justice in Colombia: The special jurisdiction for peace* (pp. 37-62). Nomos.

- Amnesty International et al., (2021). *Colombia: Shoots on sight*. <https://www.amnesty.org/en/documents/amr23/5005/2021/en/>, letzter Aufruf 28.09.2025.
- Avendaño A., & Johan A. et al. (2023). *Fragmentación y distribución de la propiedad rural en Colombia*. IGAC.
- Bello, M. N. (2016). Colombia: La guerra de los otros. *Nueva Sociedad*, 266, 140-146.
- Beltrán, W. M., Larotta Silva, S. P., & Cely Hernández, J. E. (2025). Characterization and categorization of Colombian Protestants in the late 2010s. *International Journal of Latin American Religions*, <https://doi.org/10.1007/s41603-025-00296-7>
- Beltrán, W. M., & Larotta Silva, S. P. (2020). *Religious diversity, values, and political participation in Colombia*. UNAL.
- Beltrán y Puga, A. & Bohórquez Monsalve, V. (2022). La política contenciosa y la contramovilización legal conservadora del aborto en Colombia. *Revista de la Facultad de Derecho*, 88, 41-69.
- Betancourt Vélez, R., & Birle, P. (2017). Das politische System. In T. Fischer, S. Klengel, & E. Pastrana Buelvas (Hg.), *Kolumbien heute. Politik, Wirtschaft, Kultur* (S. 157-174). Vervuert.
- Cardozo Ruidíaz, M. F. (2025). *Historia Disputada: lucha por la verdad sobre el conflicto armado en Colombia en el post acuerdo de paz 2016-2022*. Dissertation KU Eichstätt-Ingolstadt.
- Corredor, E. S. (2023). The religious right and anti-genderism in Colombia. In L. A. Payne, J. Zulver, & S. Escoffier (Hg.), *The Right against Rights in Latin America* (pp. 78-97). Oxford University Press.
- De Gamboa, C., & Peters, S. (2025). *El porqué y el para qué de la justicia transicional: ejes en Colombia y en otros países*. Universidad de los Andes.
- Dietz, K. (2023). Agrarian change through speculation: Rural elites as land brokers for mining in Colombia. *Journal of Agrarian Change*, 23, 706-723.
- García Sánchez, E., Palacio Sañudo, J., & Romero Royert, D. (2024). Political ideology and the legitimization of social inequalities in Colombia. *Revista Colombiana de Psicología*, 33(1), 65-86.
- Giraldo Moreno, J. Luna Alzate, L., Muggenthaler, F., & Peters, F. (2022). *Del Paramilitarismo al Paramilitarismo? Radiografía de una paz violenta en Colombia*. Fundación Rosa Luxemburgo.
- Global Witness (2025). *Roots of resistance*. Global Witness Report 2025. https://globalwitness.org/documents/950/Defenders_Annual_Report_2025_English_17Sept2025.pdf, letzter Aufruf 30.09.2025.
- Gómez, G. I. (2021). Political conflicts over the JEP: A sociological perspective. In K. Ambos & S. Peters (Hg.), *Transitional justice in Colombia: The special jurisdiction for peace* (S. 13-36). Nomos.
- Granados Tuta, J. C. (2025). La mal llamada 'limpieza social': vieja práctica paramilitar que se incrustó en Colombia. *Revista Raya*, <https://revistaraya.com/la-mal-llamada-limpieza-social-vieja-practica-paramilitar-que-se-incrusto-en-colombia.html>, letzter Aufruf 30.09.2025.
- Gutiérrez Sanin, F. (2025). *¿Qué sabemos sobre el tercer ciclo de violencia en Colombia?* CAPAZ Policy Brief 4-2025. CAPAZ.

- Holland, A., & Freeman, W. (2021). *Contract clientelism: How infrastructure contracts finance vote-buying*. UNU-WIDER Working Paper 2021/155, UNU-WIDER.
- Jiménez-Martín, C., & Nández-Ortiz, P. J. (2025). Trayectorias gubernamentales sobre la implementación territorial del Acuerdo Final de Paz. *Bitacora*, 35(1), 132-144.
- Kajsiu, B., & Restrepo-Ossa, A. M. (2024). Las elecciones presidenciales de 2022 en Colombia: el surgimiento de una derecha antipolítica. *Desafíos*, 36(2), 1-32.
- Lang, C. (2024). Declining support for the 2016 Colombia Peace Accord: Colombian attitudes towards peace and transitional justice. *Journal of Peacebuilding & Development*, 19(2-3), 188-193.
- Luna, J. P. (2024). *Democracia muerta. Chile, América Latina y un modelo estallado*. Editorial Ariel.
- Melamed, J. (2025). *Retos de la seguridad ciudadana en el marco de la Paz Total: el caso del distrito de Barranquilla*. CAPAZ Policy Brief 8-2025. Instituto CAPAZ.
- Menig, S., & Dietz, K. (2020). Gewalt gegen líderes sociales. Herausforderungen an den Friedensprozess in Kolumbien. In S. Peters (Hg.), *Gewalt und Konfliktbearbeitung in Lateinamerika* (S. 71-89). Nomos.
- Ocquendo, C. (2022). Vox expande sus tesis ultraderechistas en América Latina con un encuentro en Colombia. *El País* 18-02-2022, <https://elpais.com/internacional/2022-02-19/vox-expande-sus-tesis-ultraderechistas-en-america-latina-con-un-encuentro-en-colombia.html>, letzter Aufruf 30.09.2025.
- OECD (2018). *A broken social elevator? How to promote social mobility*. OECD.
- Ospina Celis, D. (2025). *La Cruzada contra el aborto en Colombia: La Iglesia católica entre el derecho, la religión y la política*. Universidad de los Andes.
- Pearce, J., & Velasco, J.D. (2025). *How the architecture of power underpins inequality in Colombia*. LSE Blogs. <https://blogs.lse.ac.uk/inequalities/2025/10/28/how-the-power-of-elites-underpins-inequality-in-colombia/>.
- Pearce, J., & Velasco, J. D. (2022). *Élites, poder y principios de dominación en Colombia (1991-2022): Orígenes, perfiles y recuento histórico*. CAPAZ/LSE.
- Pécaut, D. (2006). *Crónica de cuatro décadas de política colombiana*. Norma.
- Peters, S. (2021). Cuánta desigualdad aguanta la paz? Reflexiones en torno al proceso de paz colombiano. In C. Hatzky, S. Martínez Fernández, J. Michael, & H. Wagner. (Hg.), *Latinoamérica y Paz? Propuestas para pensar y afrontar la crisis de la violencia* (pp. 237-280). Tedeo-CALAS.
- Quesada, J. D. (2025). El excanciller Álvaro Leyva buscó en Estados Unidos la complicidad de Trump para tumbar a Petro. *El País*, <https://elpais.com/america-colombia/2025-06-29/alvaro-leyva-busco-en-estados-unidos-la-complicidad-de-trump-para-tumbar-a-petro.html>, letzter Aufruf 30.09.2025.
- Ramírez Bonilla, L. C. (2023). Colombia: Matrices, tensions, and contexts for explaining the origin and change of right-wing politics. In J. Castro-Réa & E. Solano (Hg.), *The Right in the Americas: Distinct Trajectories and Hemispheric Convergences, from the Origins to the Present* (pp. 88-109). Routledge.
- Restrepo, E. (2024). Derechas emergentes en Colombia. *Letras*, 95(141), 40-54.

- Restrepo Santamaría, N. (2016). *Empresariado antioqueño y sociedad, 1940-2004: Influencia de las élites patronales de Antioquia en las políticas socioeconómicas colombianas*. Taurus.
- Rojas, A. (2022). Mehr Empörung als Angst: Soziale Mobilisierung in Kolumbien in Zeiten der Pandemie. In K. Dietz, S. Peters, & C. Schnepel (Hg.), *Corona in Lateinamerika* (pp. 155-174). Nomos.
- Sánchez Garzoli, G. (2016). Desmintiendo los mitos sobre la 'ideología de Género' en Colombia. *WOLA Analysis*, https://www.wola.org/es/analysis/desmintiendo-los-mitos-sobre-la-ideologia-de-genero-en-colombia/#_edn7, letzter Aufruf 30.09.2025.
- Silva-Colmenares, J. (2020). *Los verdaderos dueños del país. De la monopolización precoz del siglo 20 a la transnacionalización audaz del siglo 21*. Ediciones Aurora.
- Stacey, D. (2025): El candidato ultra Abelardo de la Espriella se da un baño de masas en un congreso en Bogotá: "El 'Tigre' ha despertado". El País 03-11-2025, <https://elpais.com/america-colombia/2025-11-04/el-candidato-ultra-abelardo-de-la-espriella-se-da-un-bano-de-masas-en-un-congreso-en-bogota-el-tigre-ha-despertado.html>.

